

## Beschluss des Kreisvorstandes der SPD Erlangen am 11.10.2005

### Antrag zum Parteitag der BayernSPD am 15.10.2005

Der Kreisvorstand der SPD Erlangen begrüßt und unterstützt die Haltung seiner Bundestagsabgeordneten Renate Schmidt gegen die ausgehandelten Grundlagen für die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen mit den Unionsparteien.

Der Kreisvorstand der SPD Erlangen kann und will sich nicht damit abfinden, dass mit dem Familien- und dem Bildungsministerium ausgerechnet die Ressorts an die Union wechseln sollen, in denen wichtiger gesellschaftspolitischer Handlungsraum vorhanden ist und in den letzten sieben Jahren ein Politikwechsel am deutlichsten spürbar war.

Mit Angela Merkel soll eine Bundeskanzlerin gewählt werden, die mit ihren marktradikalen Positionen in der deutschen Bevölkerung keine Mehrheit gefunden hat. Sie steht nicht für eine an den Interessen der Menschen orientierte Politik.

Unter den gegebenen Umständen gilt es jetzt, der sozialdemokratischen Handschrift in den Koalitionsverhandlungen zum Durchbruch zu verhelfen. Eine Koalitionsvereinbarung, die nicht dem Umstand Rechnung trägt, dass eine große Mehrheit der Wählerinnen und Wähler für den Erhalt von Arbeitnehmerrechten, für den Fortbestand des Sozialstaats, für eine friedensorientierte Außenpolitik, für eine moderne Familienpolitik und für eine auf Chancengleichheit setzende Bildungspolitik gestimmt hat, wird auf einem SPD-Bundesparteitag keine Mehrheit finden. Wir wollen keine Große Koalition um jeden Preis.

Ein abstraktes Bekenntnis zur Tarifautonomie und der Erhalt der Steuerfreiheit der Sonn-, Feiertags- und Schichtzuschläge sind keinesfalls ausreichende Zugeständnisse der Union, sondern Grundvoraussetzungen, ohne die nicht einmal Verhandlungen innerhalb der Sozialdemokratie mehrheitsfähig wären. Dessen sollten sich alle, die an den kommenden Beratungen beteiligt sind, bewusst sein.

Bestandteile eines Koalitionsvertrages müssen u.a. sein:

- Die Einführung eines Steuerzuschlags für sehr hohe Einkommen und eine deutliche Erhöhung der Erbschaftsteuer, um die Handlungsfähigkeit des Staates zu erhalten. Für Steuergeschenke besteht kein Spielraum.
- Der Erhalt der Gewerbesteuer bzw. die Weiterentwicklung zu einer kommunalen Betriebssteuer sowie die Verbesserung der kommunalen Finanzen.
- Der Verzicht auf eine konjunkturschädliche Erhöhung der Mehrwertsteuer.
- Keine weitere Einschränkung des Kündigungsschutzes. Recht und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt müssen - ggf. durch Einführung eines Mindestlohns - wieder hergestellt werden.
- Ausweitung der Bemessungsgrundlage und des Beitragszahlerkreise in Kranken- und Pflegeversicherung; Verzicht auf jegliche Form von Kopfpauschalen und Kapitaldeckung.
- Fortführung einer progressiven Frauen- und Gleichstellungspolitik.
- Keine Einschnitte in das BAFöG.
- Fortführung der Energiewende; kein Ausstieg aus dem Atomausstieg.
- Keine Angriffe auf die Rechte und Entlohnung junger Arbeitnehmer und Azubis - keine „Generation Praktikum“
- Die Schaffung von ausreichend qualifizierten Ausbildungsplätzen.